



## **Keine Angst vor der Osterweiterung**

Kiel (DMK) - Die Ost-Erweiterung ist für die heimischen landwirtschaftlichen Betriebe eine Herausforderung, die bewältigt werden kann und muss. Durch den Beitritt werden sich die Preise für landwirtschaftliche Produkte in den Beitrittsländern unterschiedlich verändern. Mit diesen Worten forderte Prof. Dr. Klaus Froberg, Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn, Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn kürzlich auf einer DMK-Veranstaltung die deutschen Landwirte auf, nicht ängstlich, sondern zuversichtlich den neuen Entwicklungen auf dem europäischen Agrarmarkt zu begegnen.

Bei Übernahme der Marktordnungen der AGENDA 2000 werde es bei Milch, Rindfleisch und Zucker zu möglicherweise fünfzigprozentigen Preiserhöhungen kommen. Durch eine Verteuerung der Betriebsmittel, Investitionsgüter und der Arbeit auf der einen Seite sowie Stilllegung und Zucker- und Milchquoten auf der anderen Seite würden aber die Anreize zur Ausdehnung der Produktion gedämpft, so Froberg. Hinsichtlich des Faktors Arbeit hätten die Beitrittsländer, entgegen der üblichen Auffassung, keineswegs Wettbewerbsvorteile, da die Arbeitsproduktivität trotz niedriger Löhne geringer als in der EU sei. In der Direktzahlung sieht Froberg jedoch ein problematisches Marktsteuerungselement, da der Anteil der Pachtflächen in den Beitrittsländern mit über 50 % sehr hoch liege und somit die unterstützende Funktion verpuffen würde. Eine entscheidende Frage ist nach Froberg, ob und wieviel Flächen von Beitrittsländern stillgelegt werden müssten. Angesichts von ca. 8,5 Mrd. Euro Gesamtausgaben im EU-Haushalt und 70 % der Transferzahlungen für Getreide und Ölsaaten seien Strukturänderungen somit Direktzahlungen vorzuziehen.

Auch wenn durch die Aufnahme der Beitrittsländer das Investitionsrisiko sinke und dadurch zunehmend Kapital in diese Länder wandere, könne man doch annehmen, dass die Wettbewerbsnachteile noch längere Zeit überwiegen und die qualitativ hochwertigeren Produkte aus der EU auch weiterhin stärker nachgefragt würden als die der Kandidatenländer.